

Erinnern – Verstehen – Versöhnen: 70 Jahre zurück!

Verwerfungen – Überblendungen – Hoffnungen

Vom Dezember 1963 bis August 1965 fand in Frankfurt/M. der sog. Auschwitz-Prozeß statt, der – so der damalige Hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer und dessen Initiator – ein Erfolg war, weil er die NS-Verbrechen in den Holocaust erstmals im Bewußtsein der Deutschen und in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückte. Dies gelang später auch mit der US-Fernsehserie „Holocaust“ (1979) und Spielbergs Spielfilm „Schindlers Liste“ (1993). Bis heute ist der Meinungsdiskurs zum Thema Erinnerungspolitik, Erinnerungskultur, Schuldfrage, Vergangenheitsbewältigung usw. nicht abgerissen. Die Wortschöpfungen nehmen weiter zu. Hier nur eine kleine zufällige Auswahl (vgl. auch Bernhard Kothe, Pädagogisches Tagebuch. Frankfurt am Main 1962-1994. Über den Umgang mit dem Gedenken an Anne Frank, Norderstedt 2008, S. 103): „Aufarbeiten – bewältigen – Beschuldigungsritual – Betroffenheit – geliehene Betroffenheit – Betroffenheitskult – erinnern – Erinnerungspolitik – Erinnerungssymbolik – offizielle Erinnerungskultur – Erinnerungsarbeit – kollektives Gedächtnis – richtiges Erinnern – Erinnerungspflicht – selektives Erinnern – Erinnerungslosigkeit – Koordinaten der Erinnerung – Erinnerungsroutine – Gedächtniskult – Gedächtniskultur – Gedächtnisort – kollektives Gedächtnis – gedenken – Gedenkpolitik – Gedenkstättenlobby – Gedenkstättenarbeit – Geschichtsvergessenheit – Schuldgeschichte – Kollektivschuld – Kollektivverdacht – Opferkultur – Trauerarbeit – Meilenstein gegen das Vergessen usw.“ Hinzu kommen die geschichtstheoretischen Grundsatzdiskussionen über Ereignisse, deren Verständnis und vor allem Bewertung auch von Erlebnis- und Kampfbildern sowie von Überblendungen bestimmt sind. Hinzu kommt ein unerträglicher affektiver Moralismus. Demgegenüber sei betont: Die Oberflächentechnik einer Schwarz-Weiß-Malerei versperrt den Weg zur Wahrheit! Mögen idealmoralische Konzepte mit ihren Schuldzuweisungen nicht nur im Kampf um Deutungshoheiten wichtig sein: Für die Wahrheitsfrage sind sie meist unergiebig.

Nicht nur für Pfadfinderarbeit ist das Folgende hochbedeutsam: Die Intensität, mit der die Deutschen um Worte und Formen streiten, mag – nach Heiner Müller – dem Maß ihres Verantwortungsgefühls entsprechen: „Nur, eine Sprache für die Nachgeborenen ist das nicht. Diese Begriffswelt ist wie eine Mauer, zu der jeder junge Mensch auf Distanz gehen muß... Sicher ist, daß die gesamte öffentliche Gedenkdiskussion ohne Blick auf unsere Kinder stattfindet“, erst recht nicht, so kann man ergänzen, im Blick auf die Migranten – so der Frankfurter Pädagoge Bernhard Kothe, der frühere Leiter der dortigen Anne-Frank-Schule. „Immer trifft man auf Bewältiger, die sich auf die Seite der Opfer geschlichen und sich in der Schwarz-Weiß-Welt gut eingerichtet haben, stets bereit, das dicke Buch der Schuldgeschichte aufzuschlagen.“ Meine Skizze will dagegen auf Aspekte aufmerksam machen, die helfen können, Verwerfungen und Überblendungen zu erkennen und Hoffnungen zu wecken.

Die Weimarer Republik brachte mit der in konkurrierende Weltanschauungsansprüche entlassenen Gesellschaft auch das Ende kulturhegemonialer christlich-protestantischer Ansprüche mit sich. Die Kirchen standen jetzt auf der gleichen Ebene wie alle anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts im Weltanschauungs- und Religionssektor. Nicht nur im Blick auf Bildung und Erziehung waren sie durch Aktivitäten der linken Revolutionsregierungen z. B. in Preußen (Adolph Hoffmann/ USPD, als „10 Gebote-Hoffmann“ bekannt) und Bayern (Kurt Eisner/ USPD, Johannes Hoffmann/ SPD) geschädigt, wenn auch die durch den von Hugo Preuß (DDP) stammenden Entwurf der Weimarer Reichsverfassung geweckten Befürchtungen im Blick auf den Rang des Christlichen in der nachkaiserlichen Gesellschaft durch den u.a. auf Friedrich Naumann (DDP), Gottfried Traub (DNVP) und Joseph Mausbach (Zentrum) zurückgehenden „Weimarer Kompromiß“ zunächst zerstreut oder abgemildert werden konnten. Andererseits lieferte z. B. hinsichtlich des Religionsunterrichts Weimar die Instrumente, mit denen dann nach 1933 die Nationalsozialisten gegen die bisherige Religionskultur vorgehen konnten. So benutzte z. B.

der Nationalsozialistische Lehrerbund eine Weimarer Verfassungsbestimmung für seine Reaktion auf das Attentat des polnischen Juden Herschel Grynszpan auf Legationsrat Ernst vom Rath in Paris am 7.11.1938 zu folgendem Telegramm: „Auf Grund des Vorgefallenen der letzten Nacht fordert die Reichswaltung des NSLB [Nationalsozialistischer Lehrerbund] alle auf, den Religionsunterricht mit sofortiger Wirkung niederzulegen, da wir eine Verherrlichung des jüdischen Verbrechervolkes in allen Deutschen Schulen nicht mehr länger dulden können.“ Im Erlaß des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom 21.4.1941 taucht das Schlagwort des Deutschen Lehrervereins der Weimarer Zeit von der „Befreiung der Schule aus der Vormundschaft der Kirche“ wörtlich auf.

Diese eher kirchendistanzierte Grundstimmung der frühen Weimarer Republik war zudem eingebettet in die Spaltung der Kultur ins Uneindeutige und Fragmentarische, was auch vom Zweifel am Sinn der Geschichte begleitet war. Was in Literatur und Kunst geschah, folgte nur scheinbar anderen Rhythmen als die Politik und das Wirtschaftsleben. Ein Schlüsselwort der Moderne war der zuerst in der Psychiatrie entwickelte Begriff „Ambivalenz“. Walter Benjamin hat das Dilemma der Moderne im „Angelus Novus“ von Paul Klee versinnbildlicht gefunden. Der Engel „möchte verweilen, die Toten wecken und das Zerschlagene zusammenfügen. Aber ein Sturm weht vom Paradiese her, der sich in seinen Flügeln verfangen hat und so stark ist, daß der Engel sie nicht mehr schließen kann. Dieser Sturm treibt ihn unaufhaltsam in die Zukunft, der er den Rücken kehrt, während der Trümmerhaufen vor ihm zum Himmel wächst. Das, was wir Fortschritt nennen, ist *dieser* Sturm.“

Am ehesten kam das Judentum mit den Herausforderungen der Moderne zurecht. Ob es sich um orthodoxe, um zionistische, um assimilierte Juden handelte: Ihnen lag es in aller Regel fern, in den Kategorien der „Einheitskultur“ zu denken, die bei vielen Christen als Überwindung der Moderne galt. „Was Christen als Trauerspiel der Zersetzung empfanden und mit dem Ruf nach Ganzheit konterten, stellte für das Judentum eine Plattform zur Entfaltung kultureller Vielfalt dar. In Wissenschaft und Presse, Politik und Kultur trug das deutsche Judentum in erheblichem Maße dazu bei, die Weimarer Republik jenseits ihrer instabil bleibenden politischen Verhältnisse zu einer faszinierenden Zeit werden zu lassen“ (Kurt Nowak).

Der Zuzug ostjüdischer Familien brachte die „einheimischen“ Juden seit langer Zeit erstmals wieder mit einem Phänomen ihrer Herkunft in Berührung, das ihnen im allgemeinen ebenso fremd wie vielen Christen war. Die eigenartige Spiritualität und mystische Ergriffenheit ostjüdischer Prediger erweckte gerade bei jungen Juden den Glauben, hier das wahre, lebensvolle, ursprünglich reine Judentum, die letzte Offenbarung des eigenen, innersten Wesens zu erleben. Der Protest gegen die oft übereifrigen Anpassungsversuche ihrer bürgerlich-liberalen Eltern, das allgemeine Zeitgefühl innerer Verarmung und eine ebenso konfessionsübergreifende, diffuse Sehnsucht nach Leitideen und Führerpersönlichkeiten bestärkten diese neue Frömmigkeit (Notker Hammerstein).

Die Juden haben die Chancen, die ihnen „Weimar“ bot, wahrgenommen; ihre Situation hatte sich im Deutschen Reich seit 1914/19 wesentlich gebessert. Bei der Denunziation der Revolution von 1918/19 als „Jüdische“ Revolution spielten wohl vor allem Rußland und die Räterepublik in Bayern eine Rolle. Jedoch hatte sich gleichzeitig eine Entwicklung angebahnt, die in dem Augenblick zur Katastrophe führte, in dem die verfassungsrechtlichen Sperrungen gegen eine Ausbreitung des Antisemitismus unwirksam wurden und eine antisemitisch orientierte Bürokratie den Emanzipationsprozeß faktisch umkehrte (Friedrich Battenberg). Zwar hatten außer den Nationalsozialisten die Parteien der Weimarer Republik keine ausgesprochen antisemitischen Programmsätze aufgestellt; allerdings blieb hier z. B. auch die Haltung der Sozialdemokraten ambivalent und häufig opportunistisch, weil man auf antisemitisch eingestellte Wähler Rücksicht nahm, während man andererseits, wie auch die Kommunisten, mit jüdischen Organisationen gut zusammenarbeitete. Friedrich Battenberg faßt zusammen: „Insgesamt muß angenommen werden, daß der Antisemitismus der breiten

Bevölkerungsmehrheit emotional bedingt war, in wirtschaftlichen Krisensituationen sich aktualisierte, ansonsten aber im wesentlichen von überkommenen, unüberprüften und unüberprüfbaren Stereotypen genährt blieb.“

In der Regel stehen bei solchen Bewertungen politische und ökonomische Faktoren im Vordergrund. Ob aber darüber hinaus auch die religionskulturellen Aspekte eher nebeneinander existierender Milieus genügend gewürdigt werden, müßte weiter untersucht werden. Denn: Die Weimarer Republik war weder religiös noch areligiös. Sie war weniger säkular bestimmt, als die Politiker meinten, die Kirchen weniger unpolitisch, als sie vorgaben, und die religionskulturellen Langzeitfaktoren weniger marginal, als manche Politologen und Soziologen anerkannten.

Nach 1918 kam es analog zur politischen Revolution in dem neu angebrochenen Zeitalter der Apokalypsen und emphatischen Heilslehren auch zu einer Revolution in der protestantischen Theologie mit dem Ziel einer Generalrevision des Gottesverständnisses. In der „Dialektischen Theologie“ (z. B. Karl Barth, Friedrich Gogarten, der später zu den „Deutschen Christen“ überging) wurde Gott als souveräner Herr über Welt und Geschichte und nicht als „Provinz im Gemüt“ oder als Faktor der Kultur verstanden. Man bekämpfte leidenschaftlich eine idealistische, auf dem Erbe von Aufklärung und Liberalismus aufruhende „verbürgerlichte Religion“ mit ihrer Synthese von Christentum und Kultur.

1933 versuchten dann die „Deutschen Christen“ analog zur politischen Revolution eine Revolution in der Kirche durchzusetzen, was – unter anderen Vorzeichen – 1918/19 z. B. von Religiösen Sozialisten und linksprotestantischen Demokraten (z. B. in Baden) angestrebt worden war. Bei allen scharfen Gegensätzen zwischen „Rechts“ und „Links“ gab es hier allerdings auch „Überblendungen“: So war z. B. der „Religiöse Sozialismus“ (Paul Tillich) ebensowenig wie die rechtsrevolutionäre Bewegung eine in sich einheitliche, durch klare politische Abgrenzungen bestimmte Bewegung; vielmehr waren die einzelnen Gruppen in sich hochdifferenziert und zuweilen auch gegenseitig dynamisch durchlässig. Auch unter der Bezeichnung „Deutsche Christen“ (DC) hat es eine in sich homogene Gruppierung dieses Namens nicht gegeben. Auf der einen Seite gab es eine eher volksmissionarisch ausgerichtete nationalprotestantisch-konservative Richtung, auf der anderen Seite aber auch einen „völkische“ Positionen einschließenden Strang, der das „Dritte Reich“ für das „neue Jerusalem“ hielt. Und selbst das völkische Paradigma erschien in unterschiedlichen Ausprägungen: von eher akademischen Äußerungen bis hin zu Ausfällen völkischer und deutsch-christlicher Demagogie. Neben Theologie und (vor allem) Kirchenpolitik spielten aber auch Milieuprägungen eine wichtige Rolle: „DC-Pfarrer waren vergleichsweise jung, sie stammten im Vergleich zu BK-Pfarrern häufiger aus nichtakademischen, unterbürgerlichen Familien. Ihrem innerkirchlichen Aufbegehren haftete etwas Rebelliges an. Ihre Glaubensbewegung war ein Aufstand der Jungen unter den Theologen gegen ein konservatives kirchliches Establishment“ (Manfred Gailus). Auch die „Bekennende Kirche“ (BK) war aus verschiedenen kirchlich-theologischen Strömungen zusammengefließen und in ihrer spannungsreichen Vielfalt eher eine Art kirchlich-theologischer Notgemeinschaft und nicht eine „Widerstandsgruppe“ gegen den Nationalsozialismus, wenn sie, wie z. B. in Arheilgen, auch politischen Oppositionellen die Möglichkeit gab, ihre Protesthaltung wenigstens in diesem Medium zu artikulieren.

Die die Moderne charakterisierenden Kämpfe zwischen Christentum, neuen Religionen und Irreligiosität gingen unter den Verhältnissen des „Dritten Reiches“ verstärkt weiter. Die religiöse Lage wurde zuweilen verworrener als die politische. „Die ‚deutsche Revolution‘ gebar ihre eigenen religiösen Energien. Die Konkurrenz im Feld der Sinnstifter wogte heftig hin und her“ (Kurt Nowak). Neben die Vertreter des nordisch-religiösen Kults der Rasse, des Blutes, der Runen (z. B. Alfred Rosenberg, Artur Dinter, Mathilde von Kemnitz-Ludendorff) schob sich, von der NS-Partei lanciert, z. B. die „Deutsche Glaubensbewegung“ des bekannten Tübinger Indologen Jakob Wilhelm Hauer, der auch für die Basler Evangelische Missionsgesellschaft in Indien gewirkt und zeitweilig mit dem bekannten liberalen Marburger

Theologen Rudolf Otto an einem „Religiösen Menschheitsbund“ gearbeitet hatte. Hauer, der ursprünglich in der Tradition des religiösen Liberalismus stand und von großen religiösen Synthesen träumte, verkündigte jetzt den „Gottgläubigen“: „Unser heiliges Land ist und bleibt Deutschland“. Nicht auf dem Christentum, sondern auf der „göttlichen Seelenhaltung der germanischen Ahnen“ sollte Deutschlands Zukunft ruhen. Der bis heute auch von evangelischen Christen geschätzte jüdische Gelehrte Martin Buber (Heppenheim) schätzte seinerseits Hauer, auch wenn er bei ihm den Widerspruch von religiöser Freiheitssehnsucht und geistigem Zwang sah. Gegen das „Neuheidentum“ Hauers und die Abdrängung des Christentums aus Kultur und Gesellschaft setzen sich Deutsche Christen und Bekennende Kirche zur Wehr!

Vom „Dritten Reich“ erwarteten auch in Darmstadt nicht wenige Protestanten neben der Herstellung geordneter politischer und sozialer Verhältnisse auch die Neuentfaltung der Kräfte des Christentums in Staat und Gesellschaft. Schon Anfang Februar 1933 verkündete Hitler, im März 1933 dann auch der hessische Staatspräsident Ferdinand Werner, daß Christentum und Deutschtum die Leitsterne der neuen Regierung sein sollten, was anders klang als die Weltanschauungsneutralität der Weimarer Republik, obwohl im Volksstaat Hessen gerade auch der Prälat der hessischen Kirche D. Dr. Dr. Wilhelm Diehl für ein entspannteres Klima zwischen Kirche und eher linker Politik sorgen konnte. Die christentumsfeindlichen Aspekte in der NS-Weltanschauung und die Rassenverherrlichung traten zunächst in den Hintergrund. 1933 konnten sich auch viele evangelische Christen noch nicht vorstellen, daß die „Judenfrage“ zum folgenreichen Kernbestand der NS-Politik zählen würde. Auch Teilen des deutschen Judentums war der Gedanke, in Hitler einen Staatsmann zu finden, der sich durch Besonnenheit und Gerechtigkeit auszeichnete, nicht fremd (Kurt Nowak).

Mit dem Wort „Kirchenkampf“ als einer vieldeutigen, moralisch-symbolisch hoch aufgeladenen, eher einem Deutungs- als einem Beschreibungsbegriff entsprechenden Selbstbezeichnung der historischen Akteure benennt man die Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialismus und Kirchen und die dadurch ausgelösten Spannungen in der Kirche selbst, die viele Bereiche des kirchlichen Lebens ergriffen und zur Bildung verschiedener Richtungen und Parteiungen sowie auch zu Auseinandersetzungen im kirchlichen Alltag und zu Disziplinierungen führten. Es zeigt sich ein breites Spektrum von antikirchlichen Aktionen bis hin zur alltäglichen Nonkonformität gegenüber deutschchristlichen Normen, bei der auch das soziokulturelle Volkskirchenmilieu eine wichtige Rolle spielte. Man lebte, wenigstens partiell, auch nach anderen Wertvorstellungen und Mustern, als sie von den damaligen Machthabern gewollt waren (z. B. Gottesdienstbesuch, kirchliche Erziehung, Inanspruchnahme kirchlicher Amtshandlungen wie Taufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung statt angebotener nationalsozialistischer Ersatzhandlungen). Ein Bild aus Nassau-Hessen, insbesondere Darmstadt: Am 16.6.1933 formierte sich, rechtzeitig vor den von der Reichsregierung angesetzten Neuwahlen der kirchlichen Körperschaften am 23.7.1933, die Ortsgruppe der Kirchenpartei „Glaubensbewegung Deutsche Christen“; Einheitslisten sicherten dann ihre Mehrheit in den Gremien. Dagegen protestierte bereits am 27.7.1933 ein Kreis hessen-darmstädtischer Pfarrer (aus Darmstadt: Dr. Grünwald, Hickel, Köhler, Weiß); es ist übrigens die früheste Urkunde vom Anfang der „Bekennenden Kirche“ in der im Herbst 1933 aus den früheren selbständigen Landeskirchen Hessen(-Darmstadt), Nassau und Frankfurt/M. hervorgegangenen „Evangelischen Landeskirche Nassau-Hessen“. Als Reichsbischof Ludwig Müller am 6.2.1934 statt des weithin erhofften Darmstädter Prälaten Wilhelm Diehl den in Groß-Umstadt geborenen und in Worms aufgewachsenen gelehrten Wiesbadener Pfarrer Lic. Dr. Ernst Ludwig Dietrich (er war Mitglied der NSDAP, aber nicht der DC; theologisch war er liberal) ernannte und dieser das Führerprinzip in der Kirche rigoros handhabte, wuchs auch in Darmstadt ein (später dann vor allem theologisch begründetes) widerständiges Verhalten einer Reihe von Pfarrern und Gemeinden gegen das neue Kirchenregiment, das dieses – auch mit Unterstützung durch Staat und Partei – mit Disziplinarmaßnahmen (z. B. Strafversetzungen von Pfarrern [in Darmstadt: Marx, Hickel,

Goethe], Überwachung durch die Gestapo, Geldstrafen, Verhaftungen, Aussperrungen der BK aus kirchlichen Räumen, z. B. in Arheilgen) zu brechen versuchte. Am 7.12.1933 gründete Pfarrer Rudolf Marx (Johannesgemeinde Darmstadt) den Hessischen Pfarrernotbund, aus dem im Herbst 1934 die Bekennende Kirche Nassau-Hessen hervorging. Neben dem Elisabethenstift war vor allem Arheilgen (Pfarrer Karl Grein) ein Hort der BK, in der auch Laien wie Rektor Johannes Stoll und der spätere OB Ludwig Metzger (Religiöser Sozialist) führend tätig waren. Längerfristig gehörten wohl nur 3 der damals 16 Darmstädter Pfarrer zur DC, die in sich allerdings plural war: Neben völkischen spielten auch aus dem Liberalismus und der Erweckung kommenden volksmissionarischen und diakonischen Impulse eine wichtige Rolle. Landesbischof Dietrich war ausgewiesener Alttestamentler und auch von jüdischen Gelehrten geschätzter Judaist, der nie den rassistischen Antisemitismus vertrat, gleichwohl 1934/35 den Einfluß des „heutigen Judentums“ zu begrenzen wünschte. Dietrich distanzierte sich zunehmend von den Deutschen Christen, ohne allerdings das Bischofsamt niederzulegen. Gegen die Ausgliederung der Judenchristen aus der evangelischen Kirche 1939 konzipierte er eine scharfe Stellungnahme und hielt persönliche Kontakte zu Juden aufrecht. In dem berüchtigten „Handbuch der Judenfrage“ von Theodor Fritsch (39. Auflage 1935) warf man ihm die Verteidigung des Alten Testaments vor (Hermann Otto Geißler). In Arheilgen wurde nach der „Reichskristallnacht“ 1938 in großen Buchstaben mit roter Mennige ans Pfarrhaus geschrieben: „Schwarzer Karl, Judenhirte, Volksverräter!“ Gemeint war der sich schon im Separatistenkampf 1923 als streitbar erwiesene evangelische Ortspfarrer Karl Grein, der damals von Marokkanischen Soldaten verprügelt und sechs Wochen im Gefängnis in Wiesbaden einsaß. Grein war ein führender Vertreter der BK und mannigfachen Disziplinierungen unterworfen; gleichwohl widerlegt er in seiner Person Karl Barths oberflächliche Gleichsetzung einer „nationalen“ Haltung mit „Nähe zum Nationalsozialismus“!

Die „braune Kirchenrevolution“ ist auf halbem Wege steckengeblieben. Die Eingliederung der Landeskirchen in die „Reichskirche“ mißlang. Bereits im November 1933 war der Höhepunkt der DC überschritten. Mit der NSDAP teilte die DC-Bewegung das strukturelle Problem des Antagonismus zwischen einem „revolutionären“ und einem eher pragmatisch-konservativen Flügel. Auf einer Massenveranstaltung der radikalen, anstelle eines „Gottesdienstes der Pharisäer und Leviten“ ein „Christentum der Tat“ predigenden Berliner DC am 13.11.1933 im Berliner Sportpalast forderte deren Gauobmann Dr. Reinhold Krause die Befreiung der deutschen Kirche vom Alten Testament mit seiner „Viehhändler- und Zuhältermoral“ und von der „Sündenbocktheologie des Rabbiners Paulus“. Dies führte zu Massenaustritten aus der Glaubensbewegung Deutsche Christen. Dennoch hat der „Kirchenkampf“ viel Zeit und Kraft gekostet und Energien aufgezehrt, die – auch von unserem Thema aus gesehen – wo anders nötiger gebraucht worden wären! Die heute zunehmende Kritik an einer „familiennahen hagiographischen Darstellung des radikalen bruderrätlichen Flügels der BK“ und der damit verbundenen Forderung eines „Abschieds vom heroisch-selektiven, selbstlegitimatorischen Kirchenkampfes“ möchte – mit einem gewissen Recht – verhindern, daß die Kirchenkampfgeschichte auf eine Leidens- und Opfergeschichte einer bestimmten kirchenpolitischen Gruppe (BK) eingeengt wird (Manfred Gailus). Diese Kritik schießt allerdings mit ihrem Versuch, „die protestantische Anpassungs- und Tätergeschichte gegenüber dem ‚christlichen Widerstand‘ stärker in den Vordergrund zu rücken“, über das Ziel hinaus! Da geht es nicht nur um die Behauptung einer „Partnerschaft“ zwischen den Deutschen Christen und dem Nationalsozialismus, sondern darüber hinaus zwischen Kirche und NS-Staat überhaupt (Doris L. Bergen)!

Was die „Evangelische Kirche in Hessen und Nassau“ (EKHN) anbelangt, so hat sie durch Kirchengesetz vom 03.12.1991 die Bezeugung der „bleibenden Erwählung der Juden“ in den Grundartikel ihrer Kirchenordnung aufgenommen: „Aus Blindheit und Schuld zur Umkehr gerufen, bezeugt sie neu die bleibende Erwählung der Juden und Gottes Bund mit ihnen. Das Bekenntnis zu Jesus Christus schließt dieses Zeugnis ein.“ Dabei hat sie sogar den in der Verfassungsgebenden Synode der EKHN 1947/49 insbesondere von Kirchenpräsident Martin Niemöller vertretenen Standpunkt, daß eine Änderung des Grundartikels nur durch

eine „einmütige“ Entscheidung der Synode möglich sei, aufgegeben und sich mit einer für jede beliebige Änderung der Kirchenordnung notwendigen qualifizierten Mehrheit begnügt, was schließlich durch das Kirchliche Verfassungs- und Verwaltungsgericht bestätigt wurde. Das besondere Profil der Israel-Passage des Grundartikels der EKHN anderen Gliedkirchen der EKD gegenüber besteht darin, daß nur hier der Hauptgrund für die neue Bekenntnisaussage ausdrücklich genannt wird, nämlich daß sich die EKHN „aus Blindheit und Schuld“ gegenüber dem jüdischen Volk „zur Umkehr“ gerufen sieht.

Bewegten sich diese Überlegungen eher im Medium einer hochentwickelten theologischen Wissenschaftskultur und/ oder der Kirchenpolitik, so macht sich heute die Forderung einer eher sozial- und mentalitätshistorischen Erforschung des Religiösen und dessen Integration in die allgemeine Geschichte breit. Gemeint ist der „Fokuswandel von der theologienahen, selbstrechtfertigenden Kirchenkampfforschung ... hin zur historischen Rekonstruktion des gesamten Protestantismus als sozialmoralisches Milieu und seiner wahlverwandtschaftlichen Verflechtungen und Symbiosen mit dem Nationalsozialismus“ (Manfred Gailus), wobei unter „sozialmoralische Milieus“ soziale oder kulturelle Formationen verstanden werden, die sich durch eine spezifische Kombination von Prägungen (Religion/ Konfession, regionale Traditionen, schichtspezifische Merkmale, geistig-mentale sowie politische Grundüberzeugungen) von anderen Formationen unterscheiden lassen. Daß im Blick auf unsere Thematik die Verschiedenheit und (vor allem) das Nebeneinander auch religionskulturell bestimmter Milieus eine Rolle spielt, sei (auch als gemeinsame Forschungsaufgabe) angemerkt. „Die Scheidewand, die jahrhundertlang zwischen Juden und Nichtjuden bestanden hatte, war nach einem Jahrhundert der Emanzipation und Assimilation vielleicht unsichtbar geworden, sie war aber deshalb keineswegs beseitigt worden, sondern hatte sich auf anderer Ebene stabilisiert“ (Friedrich Battenberg). Dies hatte auf beiden Seiten aber auch religionskulturelle Ursachen, denen nachgegangen werden sollte.

„Das Leben der Darmstädter Judenschaft, die sich in der jüdischen Kultusvereinigung zusammenfand, obwohl die dogmatischen Gegensätze zwischen Religionsgemeinde und orthodoxer Religionsgemeinschaft auch unter dem Druck der wachsenden Verfolgung nicht ganz ausgeräumt werden konnten, brach mit dem November 1938 (Zerstörung der Synagogen) nicht ab. Gottesdienst und jüdischer Schulunterricht wurden noch mindestens bis 1941 gehalten. Daß 1994 anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Darmstadt“ eine „gemeinsame gottesdienstliche Feier oder eine jüdisch-christliche Gemeinschaftsfeier“ nicht stattfinden konnte, begründete Rabbiner Chaim Lipschitz damit, „daß die Tradition seines jüdischen Glaubens solche Gemeinschaftsfeiern oder gemeinsame Gottesdienste nicht kenne bzw. möglich mache... Gleichzeitig wies er aber auch darauf hin, daß Nichtjuden in den Gottesdiensten der jüdischen Gemeinde am Freitagabend immer willkommen seien“ (Godehard Lehwerk).

Als eine gewisse Alternative könnte sich hier die auch von der EKHN geförderte „Bibel in gerechter Sprache“ (BigS) anbieten, deren Ahnen auch in amerikanischen „Bibelübersetzungen“ der politisch-korrekten „inclusive language“ zu sehen sind. Die 52 an der BigS Beteiligten haben sich nach eigenem Bekunden darauf verpflichtet, neben der historisch-kritischen und literaturwissenschaftlichen Exegese vor allem Einsichten der feministischen Theologie und der Befreiungstheologie, des christlich-jüdischen Dialogs sowie „Wahrnehmungen aus der Sicht von gesellschaftlichen Minderheiten“ zu berücksichtigen. Hier wird z. B. betont, daß das Alte Testament (systemkonform: „Die Hebräische Bibel“!) kein „pseudochristliches Buch“ sei und das Neue Testament „auch als jüdisches Buch“ erkennbar werden soll. Daneben gibt es Versuche, das Christentum zu „enthellenisieren“, was sich z. B. auch im Blick auf Versuche einer Neuinterpretation des „trinitarischen“ Gottesglaubens bemerkbar macht. „Der Gedanke, auf das Grauen von Auschwitz und des Holocaust dadurch zu antworten, daß das Christentum im allgemeinen und seine Anfänge im besonderen, auf seine frühjüdischen Wurzeln zurückgeschnitten werden sollen, ist ebenso gedankenlos wie systematischer Unfug.“ Dieser bestimmt gutgemeinte Versuch setzt sich der Gefahr aus,

„das Judentum durch Enteignung um die Anerkennung seines eigenständigen Andersseins zu bringen – so der aus der Wiesbadener Heliand-Pfadfinderschaft kommende liberale Theologe Falk Wagner, der in Wien lehrte.

In der Tradition der Frankfurter Universität, die im Blick auf das „Institut für Theologie und Sozialethik“ mit der TU Darmstadt kooperiert, ist die Öffnung der evangelischen Theologie gegenüber anderen Konfessionen und Religionen zu betrachten: So stiftete die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau an der J. W. Goethe – Universität die Martin-Buber-Gastprofessur für jüdische Religionsphilosophie. Dieser Ausweitung kamen auch die dort schon bestehenden religionsphilosophischen und religionsgeschichtlichen Studienschwerpunkte entgegen.

Kurz: Eine Fülle von Impulsen für gemeinsames Handeln, aber auch für weiteres gemeinsames Nachfragen tut sich hier auf! Ich schließe mit einigen Zitaten zum Nach- und Weiterdenken, die Gemeinsames über Trennendes stellen und die den Hoffnungsaspekt zur Sprache bringen wollen:

Dem Gründer des Chassidismus, dem Baal Schem Tov (1700-1760) wird der Satz zugeschrieben: „Vergessen führt zum Exil, in der Erinnerung (zikaron) liegt das Geheimnis der Erlösung.“ Clemens Thoma fügt hier den jüdischen Mystiker Rabbi Nachman von Bratzlaw (1772-1810) an, daß die messianische Erlösung in einem von Gott und dem Menschen zu bewerkstellenden Zurechtrücken von Abgebogenem und Verrenktem besteht.

Am 19.08.1933 schrieb der protestantische Theologe Ernst Lohmeyer (zuletzt Greifswald) an Martin Buber: „Ich hoffe, daß Sie mit mir darin übereinstimmen werden, daß der christliche Glaube nur so lange christlich ist, als er den jüdischen in seinem Herzen trägt; ich weiß nicht, ob Sie auch der Umkehrung beistimmen werden, daß auch der jüdische Glaube nur so lange jüdisch ist, als er den christlichen zu hegen vermag.“ Als 1946 die neu erstandene Mainzer Evangelisch-Theologische Fakultät Lohmeyer einen Ruf auf den Lehrstuhl für Neues Testament antrug, wußte sie noch nicht, daß er schon längst von den Sowjets umgebracht worden war.

Von dem 1923 verstorbenen Heidelberger liberalen Theologen Ernst Troeltsch stammt das Wort: „Eine Wahrheit, die in erster Linie Wahrheit für uns ist, ist darum doch Wahrheit und Leben... Das göttliche Leben ist in unserer irdischen Erfahrung nicht ein Eines, sondern ein Vieles. Das Eine im Vielen zu ahnen, das aber ist das Wesen der Liebe.“ Troeltsch hatte sich 1919 auf den ersten Platz der Berliner Liste der (linksliberalen, gerade auch vom jüdischen Bürgertum getragenen) Deutschen Demokratischen Partei (DDP) setzen lassen, die als einzige Partei konsequent die staatsbürgerlichen Rechte der Juden verteidigte und deshalb von den Völkischen auch als „Judenpartei“ bezeichnet wurde. Ihr gehörten auch die großen liberalen evangelischen Theologen Adolf von Harnack und Martin Rade an.

Karl Dienst